

Im Fokus

Selbstbewusste Zurückhaltung nach dem indisch-amerikanischen Nuklear-Deal

Karsten Giese

Self-confident Restraint after Indian-American Nuclear Deal

Abstract

The Chinese government exercised great restraint in its reactions towards the nuclear deal between the USA and India. The reason is the growing political self-confidence of the Chinese government. China also demonstrated that it has built up the capacity to neutralize actions intended by the USA to balance against China: Clear political signals were sent out to the USA by announcing political deals with Pakistan and Australia.

Key words: Nuclear cooperation, non-proliferation, foreign relations, China, USA, India, Pakistan, Australia

Der Deal

Anfang März 2006 unterzeichnete US-Präsident Bush während seines Staatsbesuchs in Indien ein Abkommen, das Indien amerikanische Unterstützung beim Ausbau der friedlichen Atomenergienutzung und Lieferungen nuklearen Brennstoffs zusichert. Im Gegenzug verpflichtete sich Indien, eine klare Trennung zwischen militärischen und zivilen Nuklearanlagen vorzunehmen und die zivilen Anlagen für die Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEO zu öffnen. Obwohl in den letzten Monaten vor dem Besuch Bushs noch um Einzelheiten und Modalitäten dieses Abkommens gerungen wurde, lagen die wesentlichen Inhalte bereits seit Juli letzten Jahres auf dem Tisch.

Offizielle Reaktionen in China

Die offizielle chinesische Reaktion auf das Abkommen fiel unaufgeregt aus. Im chinesischen Außenministerium wurde lediglich kritisiert, dass die USA mit der Weitergabe von nuklearen Technologien und Brennstoffen an einen Staat, der weder den Pakt zur Nichtverbreitung von Atomwaffen noch dem Teststoppabkommen beigetreten ist, die Grundlage ihrer eigenen Gesetze und Politik verließen. Kritik an Indien wurde lediglich stark verklausuliert in einer allgemeinen Abhandlung auf einer Pressekonferenz des chinesischen Außenministeriums laut. Dort hieß es zu der Angelegenheit, die Weltgesellschaft sei gegenwärtig darum bemüht, die Autorität und die Effektivität des Nichtverbreitungspaktes zu stärken. China hoffe, die betroffenen Staaten (also Indien und die USA) mögen in der Entwicklung ihrer Kooperation zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu diesen internationalen Bemühungen beitragen, sich den im Nichtverbreitungspakt festgelegten Regeln unterwerfen und ihren internationalen Verpflichtungen gerecht werden.

Der Nichtverbreitungspakt spiele als Grundlage der internationalen Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen eine wichtige und positive Rolle auch hinsichtlich der Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernkraft, so das chinesische Außenministerium weiter. Als Unterzeichnerstaat des Paktes wünsche China, dass die bislang nicht beigetretenen Staaten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt den Pakt ebenfalls unterzeichneten - und zwar mit dem Status eines Landes ohne Atomwaffen. Dass dies im Falle der Atommacht Indien illusorisch ist, dürfte natürlich auch der chinesischen Regierung völlig klar sein.

Hinter den Kulissen

Enthielt sich die chinesische Regierung so jeder direkt auf Indien abzielenden deutlichen Kritik des indisch-amerikanischen Nuklear-Deals, so bildete der von den Parlamenten der Vereinigten Staaten und Indiens noch zu ratifizierende Vertragsabschluss dem Vernehmen nach dennoch ein zentrales Thema der siebten sino-indischen Verhandlungsrunde zur Bereinigung der bilateralen Grenzziehungsprobleme Anfang März in Indien. Zum Abschluss des diesbezüglichen Besuchs des chinesischen Vizeaußenministers Dai Bingguo verlautete von indischer Seite erstmals, man sei optimistisch, innerhalb von zwei bis drei weiteren Verhandlungs-

runden zu einem Abschluss zu kommen. Dai hielt sich in dieser Hinsicht bedeckt und sprach lediglich von guten Fortschritten (SCMP, 11.3.06, 15.3.06).

Auch der im März stattfindende China-Besuch des indischen Verteidigungsministers Mukherjee dürfte jenseits der offiziellen Besuchsagenda u.a. der Beteuerung Indiens dienen, die Verbesserung der Beziehungen zu Washington sollten nicht zu Lasten der indisch-chinesischen Beziehungen gehen. Diese Einschätzung vertreten sowohl indische als auch chinesische Beobachter (SCMP, 11.3.06).

Indische Think Tanks

Vertreter indischer politikwissenschaftlicher Think Tanks erklärten die offizielle chinesische Zurückhaltung in der Kommentierung der indisch-amerikanischen Einigung über die nukleare Zusammenarbeit damit, dass der chinesischen Regierung sehr wohl bewusst sei, welche Konsequenzen jegliche offene Opposition gegen den indisch-amerikanischen Nuklearvertrag angesichts der indischen Gefühlslage für die weitere Entwicklung sino-indischer Beziehungen haben könnte (SCMP, 11.3.06).

In indischen Think Tanks besteht hingegen keine Illusion über die Motive der USA im Zusammenhang mit dem jetzt unterzeichneten Kooperationsvertrag. Die Vereinigten Staaten sähen Indien, so lauteten verschiedene Kommentare, als Gegengewicht zu einem rasch erstarkenden China, über dessen Ziele nach wie vor Ungewissheit herrsche. In Indien erkennt man darin deutliche Parallelen zu den amerikanischen Avancen, die China gegenüber in den frühen 1970er Jahren gemacht wurden, als es darum ging, ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu schaffen. Dahingehend werden auch die Äußerungen der US-Außenministerin Condolezza Rice interpretiert, die dem indischen Premier Singh schon im vorigen Jahr versichert hatte, ihre Regierung werde Indien darin unterstützen, zu einem der wichtigen Weltmächte des 21. Jahrhunderts aufzusteigen (ST, 24.2.06).

Neben den unmittelbar auf China und die Region gerichteten und deutlich erkennbaren wirtschaftlichen Interessen wird hier ein weiteres geostrategisches Motiv der USA unterstellt. Obwohl es im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung viel Gerangel um den Beitritt Indiens zum Nichtverbreitungspakt und zum Teststoppabkommen als Voraussetzung für die amerikanische Unterstützung beim Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Indien gegeben hat, sehen Skeptiker in Indien in dem Vertragswerk durchaus auch Gefahren. Die indische Atomwirtschaft werde in eine so große Abhängigkeit von den USA geraten, dass

sich das Land den US-Interessen auch ohne formalen Beitritt zu den internationalen Vertragswerken weichen müssen (RMRB online, 4.3.06, nach BBC PF, 5.3.06). Eine größere Kalkulierbarkeit indischer atomarer Anstrengungen und größere Transparenz aufgrund der Tatsache, dass die zivilen Atomkraftwerke vertragsgemäß der Kontrolle der IAEO unterstellt werden sollen, entspricht letztlich auch den chinesischen Interessen. Auch das könnte zur Erklärung des Ausbleibens stärkerer Reaktionen und Kommentare seitens der chinesischen Regierung beitragen.

Politische Beobachter in den USA

US-amerikanische Beobachter unterstützen die Auffassung der indischen Experten, die eine Parallele des jetzigen indisch-amerikanischen Kooperationsvertrags mit der politischen China-Offensive Nixons in den frühen 1970er Jahren erkennen. Die US-Regierung habe sich in der Vergangenheit insbesondere auf die östliche Flanke Chinas und damit auf Japan als Alliierten gegen die Volksrepublik konzentriert. Aufgrund der raschen Zunahme an Macht und Einfluss Chinas sei dies als unzureichend erkannt worden. Der Versuch der Eröffnung einer zweiten Front im Süden sei nur folgerichtig. Ein reicheres, militärisch besser entwickeltes Indien werde die Handlungsfreiheit Chinas zwangsläufig beschränken, so das Kalkül. Der Preis, so die Kommentatoren in den USA, den die Vereinigten Staaten für diese strategische Allianz mit Indien zu zahlen hätten, sei eine Aufweichung der amerikanischen Politik hinsichtlich der Nichtverbreitung von Nukleartechnologie im Grenzbereich zur militärischen Nutzung (Richter 2006).

Chinesische Think Tanks

Chinesische Politikexperten bemühten sich in ihren öffentlichen Stellungnahmen um eine differenzierte Analyse. So geht man davon aus, dass der politische Preis auf beiden Seiten nicht zu vernachlässigen ist. Die USA hätten hinsichtlich der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt (Fei 2006). Der Iran könne sich durchaus in seiner Analyse bestätigt sehen, die amerikanisch-europäische Kampagne gegen seine eigenen atomaren Anstrengungen sei von egoistischen Machtinteressen geleitet, nicht von der Besorgnis um die globale Stabilität oder die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Im Falle Indiens

und des Irans werde mit zweierlei Maß gemessen (Qiu/Huang 2006). Auf indischer Seite könne sich nach Ansicht von Vertretern chinesischer Think Tanks die Abhängigkeit von den USA, in die sich das Land mit dem Vertrag begeben, letztlich als Beschränkung des eigenen politischen Handlungsspielraums erweisen. Die Spielräume für eine selbstbestimmte und unabhängige Entwicklung der indischen zivilen und militärischen Atomwirtschaft werde voraussichtlich dadurch erheblich einengt. Die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, Indien im Nuklearbereich zu unterstützen, so die Überzeugung der chinesischen Experten, sei insgesamt eher begrenzt. Zwar sei es der Wille der USA gewesen, Indien mit nuklearer Zusammenarbeit und Technologietransfer ins eigene Lager zu holen. Es sei jedoch keineswegs im amerikanischen Interesse, eine weitere nukleare Großmacht aufzubauen. Das Ergebnis wäre somit letztlich durchaus auch im chinesischen Interesse (Fei 2006).

Andere chinesische Experten rieten aus einem anderen Grund zu Gelassenheit. Zwar stehe der Vertrag auch ihrer Ansicht nach im Zusammenhang mit amerikanischen Bestrebungen, China einzudämmen, was sich in jüngerer Vergangenheit auch an verstärkten Versuchen der Einflussnahme etwa auf die Regierungen der Europäischen Union, Israels und der Ukraine gegen Rüstungsverkäufe an China manifestiert habe. Aber Indien habe in der Vergangenheit immer größten Wert auf eine unabhängige und eigenständige Außenpolitik gelegt und werde sich insbesondere angesichts der jüngsten Fortschritte in den bilateralen Beziehungen zu China nicht davon abbringen lassen. Weder Indien noch China hätten ein Interesse, zu Rivalen zu werden. Sicherheit und Freundschaft mit den Nachbarstaaten sei immer Primat der indischen auf Multipolarität setzenden Außenpolitik gewesen. Der Versuch der Vereinigten Staaten, Indien zu seinen eigenen Ungunsten zum Verbündeten gegen Chinas Aufstieg zu machen, sei leicht durchschaubar, werde an der positiven Entwicklung der chinesisch-indischen Beziehungen jedoch letztlich nichts ändern können (Fei 2006, Qiu 2005).

Gelassenheit herrscht auch hinsichtlich der militärischen Kapazitäten Indiens und den möglichen Konsequenzen für die chinesische Position in Asien unter chinesischen Politikexperten vor. Indien sei anerkanntermaßen eine militärische Großmacht im asiatisch-pazifischen Raum. Die Reichweite des militärischen Einflusses und die Stellung Chinas als Militärmacht in dieser Weltregion sei jedoch schon heute unumstritten und werde, durch enge zwischenstaatliche Beziehungen abgesichert, weiter wachsen. Auch hier erwachse China demnach keine Gefahr von indischer Seite (ebd., Shen 2006, Zhang 2006).

Balancing 1: Australien

Die Gelassenheit, die sich allenthalben in den chinesischen Reaktionen zeigt, dürfte nicht zuletzt der Gewissheit entspringen, dass die wachsende geopolitische Rolle des Landes weltweit und insbesondere in der asiatisch-pazifischen Region weitgehend unumstritten ist. China strahlt Selbstbewusstsein aus, ist sich die Regierung doch der Funktion der chinesischen Wirtschaft als Motor der Weltwirtschaft sicher. China importiert längst mehr aus den anderen asiatischen Ländern als der einstige Primus Japan und gewinnt damit auch zunehmend politischen Einfluss in der Region. Gegründet auf optimistische Prognosen für weiteres anhaltendes Wirtschaftswachstum und auf dem Weg zum Hightechland demonstrierte China nicht zuletzt auf dem Weltwirtschaftsgipfel Anfang Februar in Davos großes Selbstbewusstsein (ST, 1.2.06).

Der Einfluss in der Region und die Kapazität, eine amerikanische Politik zu neutralisieren, die aus chinesischer Sicht als Versuch der Eindämmung interpretiert werden kann, ist deutlich erkennbar. Während beispielsweise Australien auf der einen Seite die enge Sicherheits- und Wirtschaftskooperation mit Japan betont und auch zu Indien strategische Beziehungen vertiefen will, widerstrebt der australischen Regierung andererseits aus Eigeninteresse jegliche Politik der Eindämmung Chinas. John Howard, der australische Premierminister, wird in einem Interview beispielsweise damit zitiert, dass es für seine Regierung eine Notwendigkeit sei, enge Beziehungen zu China zu kultivieren, auch wenn es sich um ein autoritäres Regime handle. Von Sicherheitsrisiken und einer Bedrohung wolle er nichts wissen. Man habe den USA, so Howard, immer wieder klar gemacht, dass die australische China-Politik von ausgeprägtem Pragmatismus bestimmt werde. Was er damit meinte, erklärte er ebenfalls im selben Interview: China importiere schon jetzt Rohstoffe wie Eisenerz im Umfang von mehreren Milliarden US-Dollar, es sei ein überaus wichtiger Markt für Australien, allein in Sydney lebten 400.000 Menschen chinesischer Abstammung, chinesische Touristen besuchten das Land in großer Zahl und man verhandle über ein Freihandelsabkommen. China ist demnach ein Faktor, der aus der australischen Außenpolitik nicht wegzudenken ist (FT, 1.3.06).

In dieses Bild passen auch Berichte Mitte März darüber, dass eine Vereinbarung zwischen der australischen und der chinesischen Regierung über Uranlieferungen von für die zivile chinesische Atomwirtschaft noch im April unterschrieben werden solle. Australien verfügt über die größten Uranvorkommen weltweit.

Angesichts des starken Preisanstiegs von 76% im Verlauf des letzten Jahres und der Absicht Chinas, den Anteil der Atomenergie innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte von derzeit zwei auf sechs Prozent zu steigern, hätte der Abschluss langfristige Wirkung. Dass der australische Außenminister Alexander Downer auch jüngst wieder öffentlich die harte Haltung seines Landes betont hat, keinen Staat mit Uran zu beliefern, der nicht dem Nichtverbreitungspakt beigetreten ist, dürfte in China mit doppelter Genugtuung registriert worden sein. Damit kann Indien zwar auf amerikanische Unterstützung zählen, bleibt gleichzeitig jedoch von den großen Reserven dieses unverzichtbaren Rohstoffs zumindest in Australien auf absehbare Zeit abgeschnitten (IHT, 14.3.06).

Darüber hinaus verlief in der zweiten Märzhälfte in Australien auch die Sicherheitstagung Australiens, Japans und der USA auf Ministerebene ganz im Sinne Chinas. Während die amerikanische Außenministerin Rice nicht mit Kritik an der erneuten Steigerung des chinesischen Militärhaushalts und anderen politischen Defiziten auf chinesischer Seite wie dem unzureichenden Schutz von geistigem Eigentum sparte, konnte sich diese Sichtweise Chinas im Abschlussdokument des Treffens nicht durchsetzen. Nach Einschätzung politischer Beobachter bestehen erhebliche Divergenzen zwischen den USA und Australien hinsichtlich der Politik gegenüber China. Australien ist offensichtlich nicht gewillt, sich im Rahmen einer so genannten neuen pazifischen Sicherheitsarchitektur in eine Allianz gegen China drängen zu lassen (NZZ, 17.3.06; FT, 20.3.06).

Balancing 2: Pakistan

Schon vor dem Besuch US-Präsident Bushs in Indien wurde öffentlichkeitswirksam die Achse Beijing-Islamabad wieder belebt. Offiziell galt der fünftägige Staatsbesuch General Musharrafs in China den Feiern zum 55. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Pakistan. Presseberichte und Einschätzungen von Experten der Region zeigen jedoch, dass Indien und die USA als unsichtbare Dritte mit am Tisch saßen. Die Signale, die die chinesischen Bemühungen zur Wiederbelebung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen nach einer Periode der Vernachlässigung nach Washington und New Delhi aussendeten, waren gewiss deutlich.

China gewährte Musharraf höchste Ehren und versicherte ihm großer Kooperationsbereitschaft (NZZ, 23.2.06) Unter den 13 bilateralen Abkommen fallen Kooperationsvereinbarungen in den Bereichen Verteidigung und Energie beson-

ders ins Gewicht (WSJ, 20.2.06). Über den Kooperationsvertrag zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder wurde nichts bekannt. Allerdings erklärte Musharraf in einer Pressekonferenz, die Verteidigungszusammenarbeit sei immer Kern der chinesisch-pakistanischen Beziehungen gewesen, und bedankte sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich für die chinesische Bereitschaft zum Technologietransfer. Zwar wurde unabhängig von der neu vereinbarten Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder auch über neue geplante Waffenlieferungen an Pakistan nichts bekannt, aber die chinesischen Gastgeber unterließen es auch nicht, dem pakistanischen General die Vorzüge ihres modernen F-10-Jägers zu demonstrieren (AP Pakistan, 23.2.06, nach BBC PF, 24.2.06). Dazu passt auch die Erklärung Musharrafs, man betrachte China als vertrauenswürdigen Nachbarn und engen Partner; beide Seiten seien sich darin einig, die traditionelle Freundschaft ihrer Länder zu pflegen, die strategische Zusammenarbeit weiterzuführen und noch zu vertiefen (Xinhua, 20.2.06, nach BBC PF, 21.2.06)

Im gemeinsamen Abschlusskommuniqué des Besuchs wurde unter Punkt 12 auch eine weitere Stärkung der bestehenden Kooperation im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vereinbart (Xinhua, 21.2.06, nach BBC PF, 23.2.06). Nur einen Tag vor dem Beginn des Besuchs des amerikanischen Präsidenten in Indien lancierte die chinesische Regierung die Information, China wolle weitere Kernkraftwerke an Pakistan verkaufen. Aus Pakistan hieß es, es solle sich dabei um zwei 325 MW Reaktoren handeln. Man muss nicht der Einschätzung indischer Sicherheitsexperten folgen, dass China sich von diesem Schritt eine Beeinflussung der Modalitäten der amerikanisch-indischen Nuklearkooperation erhofft haben mag. Doch Sujit Dutta, einer der führenden Experten des regierungsnahen Institute of Defense and Security Analysis in New Delhi liegt völlig richtig, wenn er meint, dieses Signal sei sowohl in New Delhi als auch in Washington angekommen (SCMP, 2.3.06).

Fazit

Nicht nur aus chinesischer Sicht handelt es sich bei dem amerikanisch-indischen Nuklearvertrag nur um einen Stein in einem weitaus größeren Spiel um Macht und Einfluss im asiatisch-pazifischen Raum. Im selben Kontext sind auch Warnungen seitens des Pentagons und des amerikanischen Außenministeriums zu sehen. Unter Hinweis auf den erneut zweistellige Zuwachsraten aufweisenden chinesischen

Militärhaushalt warnte Frau Rice öffentlich, China drohe zu einer negativen Kraft in Asien und im Pazifikraum werden, und weiter:

... that China is going to improve its military but we need to make sure that this improvement is not outsized for China's regional ambitions and interests (scmp.com 2006).

Einer Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums zufolge stellen die chinesischen Streitkräfte in der Zukunft die größte klassische militärische Bedrohung dar. China besitze das größte Potenzial hinsichtlich eines militärischen Wettbewerbs mit den USA (FT, 6.2.06). Im Vergleich zu früheren Reaktionen der chinesischen Regierung auf derartige veröffentlichte Einschätzungen seitens der USA blieb aber auch hier diesmal die Reaktion zurückhaltend. In einer Pressekonzferenz des chinesischen Außenministeriums hieß es lediglich, man habe den Vereinigten Staaten Chinas Verärgerung mitgeteilt und die Regierung der USA aufgefordert, sich mit Äußerungen zurückzuhalten, die der Entwicklung der bilateralen Beziehungen nicht dienlich sind (ZXS, 20.3.06, nach BBC PF, 21.3.06).

Als nicht zweckdienlich stufte die chinesische Regierung offensichtlich auch stärkere eigene Reaktionen auf den indisch-amerikanischen Nuklearvertrag ein. Laute Kritik Chinas an der Kooperationsvereinbarung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zwischen Indien und den USA wäre insbesondere den chinesischen Interessen in Südasien zuwidergelaufen. Der chinesischen Regierung sind die amerikanischen Versuche der Allianzbildung gegen China zwar ein Dorn im Auge. China ist sich jedoch andererseits seines wachsenden Einflusses im asiatisch-pazifischen Raum soweit sicher, dass zu aufgeregten Reaktionen kein Anlass besteht. Nicht zuletzt die Annäherung zwischen der Volksrepublik und Indien selbst sowie das daraus inzwischen resultierende Vertrauen in die auf Eigenständigkeit bedachte indische Politik haben in China dafür gesorgt, dass kritische Anmerkungen seitens der chinesischen Regierung lediglich in Form an die USA gerichteter allgemeiner Bedenken vorgetragen wurden.

Gleichzeitig war China in der Lage zu verdeutlichen, dass es selbst durchaus die politische Kapazität besitzt, gegen die Ausweitung seiner Macht und seines Einflusses gerichtete Aktivitäten der USA seinerseits zu neutralisieren. Zeitlich gut geplante Bekanntgaben von Vereinbarungen über Verteidigungskooperation und Zusammenarbeit im nuklearen Bereich mit Pakistan sowie die Ankündigung von Verträgen über umfangreiche Uranlieferungen aus Australien, von denen Indien auf absehbare Zeit abgeschnitten bleiben wird, legen davon beredtes Zeugnis ab.

Dieses allgemeine Selbstvertrauen der chinesischen Politik spiegelte sich nicht zuletzt auch im Fehlen ansonsten üblicher harscher Kritik in der chinesischen Presse wider. Auch hier dominierten klar die ausgewogenen Stellungnahmen.

Literatur

- Fei Yuanyin (2006), „The Profound and Abstruse Principles of the US-India Nuclear Cooperation“ (Mei Yin he hezuo de xuanji), in: *China Economic Times* (Zhongguo Jingji Shibao), 13.3.2006. Online: <http://www.cet.com.cn/20060313/GUOJI/200603132.htm> (Aufruf: 22.3.2006)
- Qiu Xiaohui (2005), „No Need to Care about the Warming-up US-India Military Cooperation“ (Bu bi zaiyi Mei Yin junshi shengwen), in: *Oriental Morning Post* (Dongfang Zaobao), 30.6.2005. Online: <http://www.dfdaily.com/ReadNews.asp?NewsID=52477> (Aufruf: 16.3.2006)
- Qiu Xiaohui and Huang Yang (2006), „Indian-American Treaty Challenges Existing Nuclear Order“ (Mei Yin xieyi tiaozhan xiancun hezhixu), in: *Oriental Morning Post* (Dongfang Zaobao), 3.3.2006, Online: <http://www.dfdaily.com/ReadNews.asp?NewsID=89998> (Aufruf: 16.3.2006)
- Richter, Paul (2006), „In Deal With India, Bush Has Eye on China“, in: *Los Angeles Times*, 4.3.2006. Online: <http://www.latimes.com/news/nationworld/world/la-fg-usindia4mar04,0,2209074.story?coll=la-home-headlines> (Aufruf: 23.3.2006)
- scmp.com (2006), "Rice warns of China becoming a 'negative force' in region", in: *South China Morning Post*, 12.3.2006. Online: <http://china.scmp.com/chinainmain/ZZZNXWVH8JE.html> (Aufruf: 12.3.2006)
- Shen Dingli (2006), „Collaboration between US and India will not Fundamentally Change the World“ (Mei Yin lianshou buhui genben gaibian shijie), in: *Oriental Morning Post* (Dongfang Zaobao), 7.3.2006. Online: <http://www.dfdaily.com/ReadNews.asp?NewsID=90529> (Aufruf: 15.3.2006)
- Zhang Ming (2006), „The American Romantic Dream of Containing China by allying with India., (Meiguo 'lian Yin zhi Zhong' de langman mei meng), in: *CHINANEWS.COM* (Zhongguo Xinwen Wang), 20.3.2006. Online: <http://www.chinanews.com.cn/news/2006/2006-03-17/8/704326.shtml> (Aufruf: 22.3.2006)